

Zum Gastkommentar „Die Impfpflicht ist kein Königsweg“ vom 1. Dezember und weiteren Beiträgen zum Thema:

Akkurat ausdrücken

Während ich die Meinung des Arbeitsrechtlers Wolfgang Däubler („wenn Appelle nicht mehr reichen, brauchen wir die Impfpflicht“) durchaus teile, muss ich seine Aussage „Kinderlähmung und Tuberkulose – in meiner Jugend noch unmittelbare Bedrohungen – hat man durch Massenimpfungen ausgerottet“ korrigieren. Dies stimmt einfach nicht. Zwar konnte Kinderlähmung durch Massenimpfungen fast ausgerottet werden, sie existiert aber leider weiterhin in mindestens zwei Ländern (Afghanistan und Pakistan). Tuberkulose dagegen kann nur unzureichend mit Impfungen bekämpft werden und bleibt in vielen Ländern ein signifikantes gesundheitliches Problem. In der heutigen Zeit ist eine akkurate Wortwahl – insbesondere in Bezug auf das politisch so brisante Thema Impfung – von entscheidender Bedeutung.

ELIZABETH VALENTINE-THON, BREMEN

Verantwortung übernehmen

Ich kann jede Intensivpflegekraft verstehen, die einer Intensivstation den Rücken kehrt. Warum soll dort bis zur Erschöpfung gearbeitet werden, während ein zu großer Teil der Bevölkerung auf seine Freiheitsrechte pocht, feiert und von einigen politischen Parteien Rückendeckung bekommt? Es würde zumindest in der Zukunft einiges auf den Intensivstationen erleichtern, wenn es eine Impfpflicht gäbe. Das war bei unserer bisherigen Regierung nicht möglich, und bei der sogenannten Ampel bremst offensichtlich Christian Lindner (FDP). Verantwortung für den überwiegenden Teil der Bevölkerung sieht anders aus.

HELMUT THEYSEN, BREMEN

Kluger Beitrag

Danke an die Bremer Gesundheitsministerin Claudia Bernhard für ihren sachlich differenzierten und klugen Gastbeitrag, dem nichts hinzuzufügen ist! Beiträge und Äußerungen dieser Art sind selten geworden, stünden einer demokratischen Gesellschaft aber weitaus besser zu Gesicht und wären in mancherlei Hinsicht vermutlich auch erfolgreicher als pauschale Schuldzuweisungen und Drohungen.

JUTTA ASENDORF, BREMEN

ANZEIGE

Spiegelzelttheater Bremen

Die Bremer Weihnachtsgeschichte

nach Motiven von Charles Dickens



Über 20%
Rabatt
gegen Vorlage
der AboCard

WESER-KURIER Wintertheaterevent

- > Exklusiv für unsere Abonnenten
- > Eine fantastischen Geschichte mit jeder Menge Spaß, Gesang, Schauspiel und Artistik

> Buchen Sie gleich Ihr 3-Gänge-Menü mit (das Menü wird ab 18 Uhr serviert)

Pressehaus Bremen und regionale Zeitungshäuser
nordwest-ticket.de
04 21 / 36 36 36

Das Event findet unter Anwendung der 2G-Regel statt. Ggf. zzgl. Gebühren und Versand. Origin-Zustellung auch für Leser ohne AboCard buchbar. Angebot solange der Vorrat reicht.

WESER KURIER TICKET



Für eine Impfpflicht sind inzwischen unter anderem der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach (Foto: am Mikro im Bundestag) und der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Die Bremer Gesundheitsministerin Claudia Bernhard (Linke) hat den Eindruck, es seien noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Impfbereitschaft zu erhöhen. Was meinen Leserinnen und Leser?

FOTO: NIETZELD/DPA

Nichtssagender Kommentar

Bevor sich die Senatorin für Gesundheit zu solch politisch eindeutig eingefärbten Kommentaren hinreißen lässt, sollte sie lieber mal ihrer Aufgabe nachkommen, für die sie ins Amt berufen und vereidigt worden ist und bezahlt wird. Immer nur auf andere zu verweisen, ist billig. Die Krankenhausbetten, besonders die Intensivstationen, ätzen unter dem Personalmangel, sind nicht ausreichend ausgestattet, Operationen werden verschoben, das Personal ist schlecht bezahlt und an der Belastbarkeitsgrenze... Zeit war doch, um wichtige Dinge zumindest an-

zuschieben. Aber nichts passiert. Als ob das die letzte Pandemie wäre. Auch in Bremen wurden die Impfzentren geschlossen, und die Schlangen und Wartezeiten der Impfwilligen sind immens lang. Und dann so ein nichtssagender Kommentar!

JENS HOFFMANN, BREMEN

Nicht das Virus spaltet

Impfbefürworter, die sich in Leserbriefen gegen die sogenannten Impfgegner auslassen, sollten bitte niemanden be- oder verurteilen, bevor sie dessen Beweggründe kennen. Mit Anschuldigungen gegenüber Andersdenkenden oder Andershandelnden attestieren sie sich meiner Meinung nach selber ein sozial unverträgliches Verhalten. Fast alle Geimpften, die ich kenne, haben zugegeben, dass sie sich aus Angst vor der Erkrankung dafür entschieden haben und/oder weil sie ihre Grundrechte wiederhaben wollten – und nicht zum Wohle der Menschheit. Abstrakte Gründe wie die Rettung der Welt sind wohl eher in Ausnahmefällen ausschlaggebend für individuelle Entscheidungen. Ein Grund für den Notstand in den Krankenhäusern ist, dass das Gesundheitssystem kaputt gespart wird und dadurch Personal kündigt, erkrankt et cetera. Nicht das Virus spaltet die Gesellschaft, sondern die Menschen selber tun das!

ANGELIKA RIETDORF, BREMEN

Wäre Bankrotterklärung

Die Argumente von Claudia Bernhard gegen eine Impfpflicht sprechen mir aus der Seele. Dänemark hat gezeigt, wie man mit positiver Ansprache und dem Gewinnen von Leitfiguren sozialer Gruppen eine hohe Impfquote erreicht. Und eine Impfpflicht wäre eine Bankrotterklärung der Politik. Es wurde immer gesagt, es wird keine Impfpflicht geben. Wenn nun doch, würde die Glaubwürdigkeit weiter enorm beschädigt, und alle Skeptiker würden bestätigt. Das können wir uns nicht leisten! Immer wieder sehe ich den alten preußischen Untertanengeist fröhliche Urständ feiern: Der Bürger hat gefälligst zu gehorchen! Mir graust vor der „Sittenpolizei“, die dann durch die Lande ziehen muss. An sanftem Druck reicht mir 2G völlig aus.

THOMAS-CHRISTIAN GECK, BREMEN

Auch meine Bedenken

Auch ich gehöre zu den Menschen, die ihr individuelles Recht auf gesundheitliche Unversehrtheit in Anspruch nehmen – und zwar auf meine eigene. Dazu zählen zum Beispiel meine Bedenken gegen bestehende Impfstoffe. In dem Gastkommentar von Claudia Bernhard kommt genau das unter anderem zur Sprache. Warum also schöpft man nicht wirklich alle Möglichkeiten aus, die es doch wohl schon gibt, anstatt die Gesellschaft immer noch mehr zu spalten und durch noch mehr Druck und teilweise durch menschenunwürdige Regeln immer mehr Widerstand zu provozieren, obwohl man doch eigentlich das Gegenteil erreichen möchte? Ja, auch bin einer von wahrscheinlich sehr vielen Ungeimpften, die auf einen „unmoderneren“ klassischen Impfstoff warten! Wann kommt dieser also endlich zum Einsatz? Damit ließen sich wahrscheinlich wohl zwei Dinge sofort regeln: zum einen die Überzeugung ohne Druck und damit weniger Widerstand und Spaltung, zum anderen Einsicht und Akzeptanz und damit die Eingrenzung – vielleicht sogar das wirkliche Ende – der Pandemie!

HEINFRIED HUSMANN, BRUCHHAUSEN-VILSEN

Bremer nach Dänemark?

Ich bin für Impfpflicht, bin zweimal geimpft und bekomme Mitte Dezember die Boosterimpfung. Wir in Bremen haben uns vorbildlich verhalten, jetzt werden aus anderen Bundesländern Schwerkranken in die Bundesländer verlegt, die sich vorbildlich verhalten haben. Auch in Bremen schnellen die Zahlen nach oben. Laut Experten sind dies überwiegend Ungeimpfte. Trotzdem muss jedem geholfen werden. Wenn jetzt auch hier die Betten gebraucht werden und die Stationen voll sind, werden wir Bremer dann nach Flensburg oder Dänemark gebracht? Vielen Dank an die Minister von Sachsen, Thüringen und Bayern.

HEINZ GAULER, BREMEN

Zur „Karikatur von Mario Lars“ vom 27. November:

Sehr erfreut

Seit Jahren, also lange vor Corona, verfolgen wir schon die vernünftigen Aussagen von Karl Lauterbach. Er weiß immer Bescheid und kann kluge Antworten in Interviews geben, was anderen nicht immer gelingt. Schon oft fiel bei uns im Haus der Satz, Karl Lauterbach müsste Gesundheitsminister sein. Die herrliche Karikatur von Mario Lars hat uns deshalb nicht nur zum Lachen gebracht, sondern auch wegen der Aussage sehr erfreut. Danke! BRIGITTE UND JÜRGEN NORDHORN, BREMEN

Zu „Kein Schutz für die Reitbrake“ und „Mir geht es um würdevolles Gedenken“ vom 10./13. November:

Gedenkstätte errichten

Die Bremer Politik wird immer weitsichtiger. Obwohl die Ausgrabungen an der Reitbrake weitergehen, kennt der Bürgermeister bereits das Ergebnis und weiß, dass dort keine vollständigen Skelette gefunden werden. Geht es den verantwortlichen Politikern einzig darum, die Bahnwerkstatt in Oslebshausen anzusiedeln? Da stören natürlich Knochen sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter – sie müssen weg. Dabei stünde es Bremen gut zu Gesicht, an einem Ort, an dem Hunderte sowjetischer Kriegsopfer vergraben worden sind, eine würdige Gedenkstätte zu errichten, um an die vergessenen Kriegsoffer zu erinnern.

EBERHARD SCHOLZ, BREMEN-GRÖPELINGEN



An der Reitbrake werden bei Grabungen Funde sichergestellt.

FOTO: SCHEITZ

Das ist Hohn

Die Linke-Hofmann-Werke haben das Mordwerkzeug hergestellt. Häftlinge des KZ Groß-Rosen wurden gezwungen, Vieh- und Güterwaggons zu bauen. Im November 1941 wurde Bremens jüdische Bevölkerung in solchen Waggons nach Minsk und in Vernichtungslager gebracht, auf dem Rückweg kamen sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitsklaven in diesen Waggons nach Deutschland. Viele von ihnen wurden bis zum Tod ausbeutet, auch in Bremer Rüstungsbetrieben.

Noch liegen schätzungsweise 300 Leichen in der Erde der Reitbrake. Längst untrennbar mit diesem Boden verbunden. Eine Exhumierung und Umbettung ist, wo vielfach der Verwesungsprozess abgeschlossen ist, unmöglich. Sie haben ein Recht auf dauernde Ruhe. Die Mehrheit des Bremer Senats spricht es ihnen ab und will diese Kriegsgräberstätte mit einer Bahnwerkstatt des Nachfolgeunternehmens der Linke-Hofmann Werke, Alstom, überbauen lassen. Das ist keine Erinnerungskultur. Das ist Hohn. Es gibt örtliche Alternativen für die Bahnwerkstatt. Was hindert den Senat daran, diese zu prüfen und umzusetzen? EVA BÖLLER, BREMEN

Wäre verheerend

Die Problematik des Gräberfelds erscheint primär als regionalpolitische und wirtschaftliche Angelegenheit. Tatsächlich aber geht es um die Frage: Darf für die Zulassung und Pflege von Gedenkstätten der NS-Opfergruppen die ethnische Zugehörigkeit erneut eine Rolle spielen? Eine Hierarchisierung, die sich auch nur annähernd der NS-Normen des Zwangsarbeitersystems bediente, wäre im juristischen und politischen Kontext und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein verheerendes Zeichen. Nicht zuletzt international. Deutschland hat jahrzehntelang auf schwierigem Weg eine historische Aufarbeitung der Shoah und eine Wiedergutmachung für viele jüdische Opfer zu praktizieren versucht, um eine gewisse Heilung, ein Verstehen und eine neue gegenseitige Annäherung zu ermöglichen. Weltweit wurde dies mit großer Achtung gewürdigt. Einem anderen sehr dunklen Fleck im deutschen Geschichtsverständnis sollte ebenfalls öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt werden.

EVA KÖNIG-WERNER, BERLIN

Weise handeln

Es reicht nicht, irgendwo eine Plakette an einem Industriebau anzubringen oder noch einen Stein aufzustellen. Irgendwo an einem Ort, der nichts mit dem Leid der Opfer und der Ignoranz der Täter zu tun hat. Bürgermeister Andreas Bovenschulte muss nun weise handeln. Ich hoffe, dass er dazu moralisch imstande ist. Die Presseberichte lassen mich Schlimmstes befürchten!

BIRGIT HEIDORN, BREMEN

REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.